

Erster afrikanisch-europäischer Jugendgipfel von der See bis auf die Berge

Vom 4. bis 7. Dezember 2007 fand in Lissabon der erste afrikanisch-europäische Jugendgipfel statt. Organisiert unter der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft in enger Kooperation mit dem North-South Center des Euro-Parlamentes, der EU/AU, dem Europäischen und Pan-Afrikanischen Jugendforum, sowie zahlreichen internationalen Jugendorganisationen sollte der Gipfel zum einen jungen Menschen aus beiden Kontinenten die Möglichkeit geben, gemeinsam Themen zu diskutieren und mit einer Jugenderklärung gegenüber den Staats- und Regierungschefs zu Wort zu kommen. Zum anderen sollte damit auch der Grundstein für eine afrikanisch-europäische Jugendkooperation gelegt werden – ein hehrer Vorsatz, dessen Verwirklichung sowohl aufgrund einer mangelnden Vorbereitung im Vorfeld als auch der zeitlichen Begrenzungen während der Veranstaltung an vielen Stellen nur in Ansätzen erreicht werden konnte.

Grundsätzlich war es ein spannender erster Jugendgipfel. Die fast 250 Teilnehmenden stammten fast alle aus nationalen Jugendringen und internationalen Jugendorganisationen.

Acht Themen wurden diskutiert: Millennium-Entwicklungsziele; verantwortungsvolles staatliches Handeln (Good Governance) und Demokratie; Frieden und Konflikt; Globalisierung, Handel und sozio-ökonomische Entwicklung; Klimawandel und nachhaltige Entwicklung; Migration, Mobilität, interkultureller Dialog und gemeinsame Entwicklung; Beschäftigung und das Programm für anständige Arbeit; Strategie und Instrumente für europäisch-afrikanische Jugendpartizipation und -kooperation. Die Ergebnisse der Diskussionen wurden in einer Erklärung zusammengefasst, die neben politischen

Forderungen auch Selbstverpflichtungen der Jugendorganisationen enthält. Darüber hinaus wurde eine Erklärung zur Visa-Thematik beschlossen, da ca. 10 Prozent der angemeldeten Teilnehmenden kein Visum bekamen, obwohl der Gipfel unter der EU-Ratspräsidentschaft organisiert wurde.

Im Rahmen der Durchführung zeigten sich an verschiedenen Stellen Schwierigkeiten. Kritikpunkte lassen sich vor allem benennen hinsichtlich des methodischen Vorgehens, der Kompetenzen der Teilnehmenden sowie der Moderationen und AG-Leitungen, der ungeklärten Rolle der afrikanischen Diaspora in Europa, des Demokratiedefizits bei Entscheidungen und die Nichtbeachtung und somit auch das methodische Nichteingehen auf kulturelle Unterschiede.

Nun muss diskutiert werden, wie mit den Ergebnissen weiter umgegangen wird. Es bleibt zu hoffen, dass die euro-afrikanische Jugendkooperation nicht nur von Treffen der Staats- und Regierungschefs abhängig ist, sondern Akzente gesetzt werden können auf internationaler, regionaler und nationaler Kooperationsebene. Die große Anzahl an nicht-staatlichen nationalen Jugendringen bietet dafür interessante Anknüpfungspunkte, ebenso wie die Vielfalt an Organisationen. Die Visathematik verdient als Grundlage der Kooperation ein besonderes Augenmerk. Die Einbeziehung der afrikanischen Diaspora erscheint ohne eine funktionierende Eigenorganisation allerdings eher schwierig.

Susanne Krogull

Download der Abschlussdokumentation:

http://www.coe.int/t/dg4/nscentre/YouthAfricaEuropeSummit07_booklet_en.pdf

Schule in der Einwanderungsgesellschaft

Von 13. bis 15. Februar 2008 veranstalteten das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung, der Arbeitsbereich Interkulturelle Erziehungswissenschaft der Freien Universität Berlin und das Netzwerk Migration in Europa e.V. in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung an der FU Berlin eine Tagung zum Thema „Schule in der Einwanderungsgesellschaft: Internationale Perspektiven aus Forschung und Praxis“.

Die Tagung wurde durch eine Diskussion mit den beiden Politikern Maria Böhmer (Integrationsbeauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration) und Jan-Hendrik Olbertz (Kultusminister von Sachsen-Anhalt) eröffnet. Der Präsentation der Leistungsbilanz der Bundesregierung durch deren Integrationsbeauftragte („Nationaler Integrationsplan“, „Erfolgreicher Dialog mit Migranten“) folgte ein thesenartiges Statement des sachsen-anhaltinischen

Kultusministers, der Integrations- und Bildungspolitik als eine gesamtdeutsche Aufgabe postulierte und (eine neue) Schulkultur als einen Schlüssel erfolgreicher Integrations- und Bildungspolitik ausmachte.

Es folgte die Einführung in die Tagung durch die drei Organisatoren Susanne Schwalgin (Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung), Rainer Ohliger (Netzwerk Migration in Europa e.V.) und Viola Georgi (FU Berlin). Thesenartig wurden die Kernbereiche der Konferenz, Schule als Institution in der Einwanderungsgesellschaft, interkulturelle Erziehung und Kompetenz als Schlüsselqualifikation in der Einwanderungsgesellschaft und die Verbindung von Bildungs- und Integrationspolitik umrissen. Frank Olaf Radtke (Universität Frankfurt/Main) und Sally Tomlinson (Universität Oxford) folgten dann mit Beiträgen zum Thema Schule in der Einwanderungsgesellschaft zwischen Staat, Markt und Zivilge-

sellschaft. Mit einer systemtheoretischen Analyse unterstrich Radtke am Beispiel Deutschlands die Aufgabe und auch teils das Versagen bisheriger Gesellschafts- und Bildungspolitik, den Herausforderungen in der Einwanderungsgesellschaft politisch und institutionell gerecht zu werden. Er forderte nachdrücklich die tragende Rolle der Bildungspolitik bei der Ausgestaltung der Bildungsinstitution Schule ein. Sally Tomlinson schloss sich mit einer historisch-kritischen Perspektive auf die Reformen des britischen Schulsystems und die Auswirkungen der Privatisierung von Bildungsinstitutionen an.

Der zweite Tag der Konferenz begann mit einem von Viola Georgi (Freie Universität Berlin) moderierten Panel, das sich mit Multikulturalismus, Diversity und Citizenship und deren Implikationen für die Schule beschäftigte. Nasar Meer (Bristol University) legte in seinem Vortrag „Multiculturalism and educational diversity in Britain“ dar, wie sich die Schlüsselbegriffe Multikulturalismus, Diversität und Citizenship über die Jahre in Großbritannien verschoben und verändert haben. Er betonte, dass der britische Multikulturalismus keinesfalls tot sei und dass Muslime ihn nicht zu Grabe getragen haben, wie bisweilen in der Öffentlichkeit verlautbart werde. Vielmehr bekräftigte er, dass der Multikulturalismus, der eine historische Antwort auf die durch Migration hervorgebrachte gesellschaftliche Diversität sei, in den letzten Jahren zweifellos eine Neubestimmung erlebt habe, da verschiedene Ereignisse (so Ausschreitungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und die Selbstmordanschläge in London) das Vertrauen in die Wirkungskraft des Multikulturalismus geschwächt hätte. Im Zuge dieses Prozesses geriet das Konzept des Multikulturalismus immer stärker unter politischen und Legitimationsdruck. Entsprechend wird neuerdings der Schwerpunkt in der gesellschaftspolitischen Debatte auf die stärkere Integration der Einwanderer in die britische Gesellschaft gelegt. Dieses Ziel werde, so Meer, vor allem durch das Instrument der *citizenship education* angestrebt. Dieser staatsbürgerliche Unterricht in Form einer „Britannienkunde“ ist zu einem verpflichtenden Bestandteil des nationalen Curriculums geworden.

Rudolf Leiprecht (Universität Oldenburg) lenkte mit seinem Vortrag den Blick auf Deutschland. Er lieferte einen allgemeinen Überblick über die deutschsprachige Fachdebatte in den Sozial- und Erziehungswissenschaften zu den Themen Multikulturalismus und Diversity. Leiprecht betonte, dass die wissenschaftliche und politische Diskussion in Deutschland sehr stark von den Erfahrungen in Großbritannien und den Niederlanden inspiriert und beeinflusst worden sei. Explizit nannte er hier die Diskussionen in Großbritannien, die im Zuge der Einführung der Antidiskriminierungsgesetze geführt wurden, sowie die liberale niederländische Minderheitenpolitik der 1980er Jahre und den dortigen Integrationsdiskurs der 1990er Jahre. Dabei arbeitete er ausführlich den facettenreichen Übergang von der interkulturellen Pädagogik zu Diversity Education heraus, der für die deutsche Debatte kennzeichnend ist. Leiprecht warnte vor einem „Verelendungsdiskurs“ und plädierte vielmehr dafür, die soziale Schieflage im Schul- und Bildungssystem zu beseitigen und einen angemessenen Umgang mit Einwanderung und ihren gesellschaftlichen Implikationen zu finden. Er wies dabei auf die besondere Bedeutung des Schul- und Bildungssystems hin, da diesem die Aufgabe zukomme, alle Schüler „auf ein Leben in einer pluriformen und mehrsprachigen Welt“ vorzubereiten.

Das von Susanne Schwalgin moderierte dritte Panel widmete sich der Lehreraus- und Fortbildung in der Einwanderungsgesellschaft. Audrey Osler (University of Leeds) beleuchtete in ihrem Vortrag die Praxis der *citizenship education policy* in England. Osler wies darauf hin, dass Konzept und Idee der *citizenship education* zu kurz griffen. Sie nähmen keinen Bezug auf die Phänomene „wechselnder Identitäten“ und „mehrfacher Loyalitäten“, die durch Globalisierung und Migration entstanden seien. Vor diesem Hintergrund sprach sich die Referentin für eine globale Perspektive der interkulturellen Staatsbürgerschaftskunde aus. Sie begründete dies mit dem Argument, dass national zentrierte Perspektiven zur Entstehung und Manifestierung rassistischer Stereotype führen könnten. Explizit verwies sie auf die Islamophobie als neue Form des Rassismus. Sie plädierte stattdessen für ein Modell, das sie als „education for cosmopolitan citizenship“ bezeichnete. Im Gegensatz zur national verfassten citizenship education biete es eine Perspektive, die die lokalen, nationalen, europäischen und globalen Ebenen integrieren könne. David Montemurro (Ontario Institute for Studies in Education, Toronto), analysierte die Lehreraus- und Fortbildung in Kanadas multikultureller Gesellschaft am Beispiel der Provinz Ontario und Torontos. Die Durchsetzung eines kultur- und differenzbewussten Schulunterrichts sei nur im Kontext nationaler politischer Entscheidungen (Politik des Multikulturalismus seit 1971), dem Umbau der Bildungsinstitutionen und der demographischen Entwicklung zu erklären. Regina Hartung (Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Hamburg) skizzierte in ihrem Beitrag über „Interkulturelle Lehrerbildung in Deutschland“, wie in Deutschland in der Lehrerausbildung auf die zunehmende Heterogenität in den Schulen reagiert wird und Lehrer auf diese gesellschaftlichen Herausforderungen fachlich vorbereitet werden. Am Beispiel Hamburgs zeigte Hartung anschließend wie diese Maßnahmen in die Lehreraus- und -fortbildung integriert werden. Der „Umgang mit kultureller und sozialer Heterogenität“ in der Lehrerausbildung spiele in Hamburg eine zentrale Rolle und gehöre zu den drei prioritären Themen, die die gesamte Lehrerausbildung durchzögen.

Der Nachmittag war für die parallelen Workshops zu interkulturellen Konzepten, Lernmedien und Lehrmethoden reserviert. Die Workshops widmeten sich dem Thema „Citizenship Education“ (Barry van Driel, International Association for Education), den Trainingsprogrammen „Eine Welt der Vielfalt“ (Susanne Ulrich, Centrum für angewandte Politikforschung) und „Service-Learning – Lernen durch Engagement“ (Anne Seifert und Sandra Reinmuth, Freudenberg Stiftung), dem Thema „Interkulturelles Geschichtslernen“ (Adam Strom, Facing History and Ourselves), der „Interkulturellen Kommunikation durch biographisches Erzählen“ (Hanna Schissler, Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung und Elizabeth Quintero, California State University Channel Island), der „Schule als Ort der Integration“ anhand von Beispielen guter Praxis (Karin Jäger, Heinrich von Stephan Oberschule, Berlin-Moabit und Hiltrud Kneuer, Schule Slomanstieg, Hamburg-Veddel) sowie den webbasierten Unterrichtsmaterialien „1001 Idee zu muslimischen Kulturen und Geschichte(n)“ (Gerdien Jonker, Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung).

Der zweite Konferenztag schloss mit einer von Sara Fürstenau (Universität Hamburg) moderierten Podiumsdiskussion.

sion unter Vertretern von migrantischen Elternvereinen. Teilnehmer waren Safer Çinar von der Föderation Türkischer Elternverein in Deutschland, Antonio Díaz vom Bund der Spanischen Elternvereine in der Bundesrepublik, Isidora Randjelović vom Elternverein Bashe Roma e.V. und Mahmoud El-Hussein von der Arabischen Elternunion Berlin. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, ob und wie Elterninitiativen bzw. Elternselbstorganisation durch ihr Engagement zur Lösung der Schul- und Erziehungsprobleme und der Verbesserung der Bildungschancen beitragen können.

Das vierte Panel, das Frauke Miera (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) moderierte, beschäftigte sich mit Schule, Sprache und Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Der Beitrag von Susanne Mehlin (Werkstatt für Integration durch Bildung, Berlin) beleuchtete das Gebiet der Sprachförderung in deutschen Schulen und Erziehungseinrichtungen. Ihre Ausführungen konzentrierten sich auf drei wesentliche Leitlinien und Grundsätze. Diese in den letzten Jahren in vielen Bundesländern fest etablierten Maximen verfolgen das Ziel die Integration von Schüler mit Migrationshintergrund durch gezielte Sprachförderung in Schule und Gesellschaft zu verbessern und zu bewerkstelligen. Es handelt sich dabei um die Leitlinien der Elternpartizipation, der Sprachförderung als Querschnittsaufgabe der ganzen Schule und die Etablierung durchgängiger Sprachfördermaßnahmen in allen Bildungseinrichtungen. Der folgende Beitrag von Christoph Schroeder (Universität Potsdam) stellte den Zusammenhang zwischen Integration und Sprache bzw. Mehrsprachigkeit in den Mittelpunkt. Schroeder wies darauf hin, dass jüngere Studien die de facto Mehrsprachigkeit der deutschen Gesellschaft belegten und Sprache und Sprachvielfalt daher seit einigen Jahren in der migrations- und integrationspolitischen Diskussion und Gesetzgebung eine zentrale Rolle einnehmen. Der Referent widersprach der These, dass Mehrsprachigkeit per se integrationshemmend sei. Vielmehr betonte er, dass Mehrsprachigkeit sich erst dann zu einem „Risikofaktor“ entwickle, wenn sie mit der Variable eines bildungsfernen Elternhauses einhergehe, in dem Lesen und Schreiben eine nur geringe Bedeutung bei der Erziehung zukomme. Laut Schroeder könnte die Förderung der Mehrsprachigkeit, sofern sie in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschunterricht erfolge, eine wichtige Rolle beim Schriftspracherwerb der deutschen Sprache spielen.

Das von Hanna Schissler (Georg-Eckert Institut für internationale Schulbuchforschung) geleitete fünfte Panel (Diversität und Normativität im Schulbuch: „Wir“ – „Sie“ und darüber hinaus) gliederte sich in zwei Teile. Der erste Teil des Panels wurde von Heidi Weinhäupl (Universität Wien) eröffnet, die sich in ihrem Vortrag mit Diversität und Normativität in österreichischen Schulbüchern befasste. Benoît Falaize (Institut national de recherche pédagogique) analysierte in seinem Beitrag die Darstellung der Migrationsgeschichte in französischen Schulbüchern. Rainer Ohliger (Netzwerk Migration in Europa) untersuchte in seinem Beitrag, wie im Geschichts- und Politiklehrbuch „Durchblick“ (Ausgaben für Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen), die Migrationsgeschichte dargestellt und vermittelt wird. Er bezeichnete das Lehrbuch als einen Leuchtturm, da es bemüht sei, im Geiste der Offenheit, der gegenseitigen Toleranz und der Solidarität mit dem Thema Migration und seinen gesell-

schaftlichen Implikationen umzugehen, stellte jedoch auch einige Kritikpunkte heraus.

Im Mittelpunkt des zweiten Teils des fünften Panels standen Praxiserfahrungen von Lehrern mit den vorgestellten und untersuchten Schulbüchern.

Das abschließende von Mechtild Gomolla (Universität Münster) moderierte Panel beschäftigte sich mit der Öffnung und Vernetzung von Schulen im sozialräumlichen Umfeld. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, ob und wie Schulöffnung und -vernetzung unter bestimmten Bedingungen als „Instrument des empowerment“ für gesellschaftlich benachteiligte Gruppen dienen könnten. Dennis Shirley (Boston College) umriss in seinem Beitrag die Rolle und gesellschaftliche Bedeutung von „community organizing for school reform“ bzw. „education organizing“ in den USA.

Susanne Schwalgin stellte in ihrem Beitrag ihr schul-ethnographisches Forschungsprojekt zu Berlin und Athen vor, das sie zurzeit am Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung entwickelt und welches sich mit der sozialräumlichen Öffnung und Vernetzung der Schule befasst. Sie wies einleitend darauf hin, dass der Schule in Deutschland in der Integrationsdebatte eine immer wichtigere Rolle zugewiesen werde. Vor allem in den neuen integrations- und bildungspolitischen Richtlinien und Konzeptionen werde die Schule als „Integrationsagentur“ konstruiert und ihre Öffnung und Vernetzung mit dem sozialräumlichen Raum ausdrücklich propagiert. Schwalgin betonte, dass sie mit ihrem Projekt zwei Ziele verfolge: Zum einen wolle sie die „Perspektive der beteiligten Akteure in den Debatten um Schule und Integration sichtbar machen“, zum anderen nach „den Bedingungen und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung von schulischer Integration durch die Vernetzung der Schule mit dem sozialräumlichen Umfeld“ fragen.

Der dritte Referent des Panels, Siegfried Arnz (Senatsverwaltung Berlin), plädierte er für eine neue Form der zivilgesellschaftlichen Partizipation, die eine Vernetzung der Schule im sozialräumlichen Raum erleichtere. Im Gegensatz zu seinen Vorrednern favorisierte er hierbei jedoch eher einen bottom up-Ansatz. Arnz schlug die Errichtung einer Zentralstelle vor, um die gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten und Ressourcen besser koordinieren und so der Schule bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben angemessen helfen zu können.

Die Vielfalt der Tagungsbeiträge verdeutlichte die Breite der aktuellen Forschung zum Thema „Schule in der Einwanderungsgesellschaft“. Zudem reflektierten die thematische Vielfalt, die unterschiedlichen, teils kontroversen Ansätze und die vergleichende Perspektive unmittelbar den tief greifenden Transformationsprozess, den westliche Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten (nicht nur im Bildungsbereich) durchlaufen haben und immer noch durchlaufen. Ein Kritikpunkt an der Tagung ist, dass unter den Referenten und Wissenschaftlern aus Deutschland Personen mit Migrationshintergrund kaum vertreten waren. Gelegentlich konnte man deswegen den Eindruck gewinnen, dass wieder einmal über „Migranten“ gesprochen wurde, statt mit ihnen gemeinsam über die Herausforderungen zu diskutieren und nach Lösungen zu suchen.

Mussie Habre